bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 20 | 29. September 2006

Rechte Szene 2

Flügelkämpfe
Die Republikaner liefern sich parteiintern wieder heftige Gefechte – und die NPD wirbt bereits um Abtrünnige.

„Punktlandung“ im Nordosten
In weiten Landstrichen Mecklenburg-Vorpommerns ist die NPD zu einer ernst zu nehmenden Kraft geworden.

„Schwerin-Potsdam-Dresden“
Nach den Landtagswahlen zeigt sich die NPD selbstbewusst – ein etwaiges Verbotsverfahren sieht Parteichef Voigt gelassen.

Alibiveranstaltung
Den im „Ring nationaler Frauen“ zusammengeschlossenen Aktivistinnen geht es offenbar nicht um mehr Gleichberechtigung in der Szene.

Unerwünschte Treffpunkte
Die Ordnungsbehörden tun sich schwer damit, rechtsextremen Gaststättenbetreibern den Hahn zuzudrehen.

Unglaubwürdige Umkehr
Langjähriger Neonazi bei Multi-Kulti-Verein.

Ausland 7

Pogromstimmung
Rechtsextreme schüren in Nordrussland Ängste gegen kaukasische Mitbürger.

Versuchter Mord
Griechischer Neonazi-Funktionär zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt.

Rassereine Republik
Flämische Neonazis wollten Unruhen schüren und dann die Macht ergreifen.

Grauzone 9

Alte und junge „Kameraden“
Auf dem Ulrichsberg bei Klagenfurt in Kärnten trafen sich wieder zahlreiche SS-Veteranen und Rechtsextremisten.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Auf dem Weg zum Galgen
Vor 60 Jahren wurden die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hingerichtet.

Meldungen 11

Rechte Szene

Flügelkämpfe

Die Republikaner liefern sich parteiintern wieder heftige Gefechte – und die NPD wirbt bereits um Abtrünnige.

Zwei Monate vor dem Bundesparteitag der Republikaner brennt es in der Partei lichterloh. Auf der einen Seite steht die aktuelle Vorstandsmehrheit rund um Parteichef Rolf Schlierer und seine beiden Stellvertreter Ursula Winkelsett und Johann Gärtner, auf der anderen Seite eine radikalere Gruppe mit Björn Clemens, einem weiteren Parteivize, an der Spitze. Schwer vorstellbar scheint, dass die beiden Flügel – unabhängig davon, welcher von beiden sich auf dem Parteitag durchsetzt – auch nachher noch unter dem Dach einer Partei zusammenarbeiten können.

Seit Jahren wird die Partei durch Mitgliederschwund und Wahlschlappen gebeutelt. Zuletzt schrumpfte sie bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen von 0,5 auf 0,2 Prozent und bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus von 1,3 auf 0,9 Prozent. Schlierer reagierte darauf bisher mit immer neuen Durchhalteparolen. „In Scharen" seien die Wähler „vor den Altparteien davongelaufen", erklärte er beispielsweise nach der niedersächsischen Kommunalwahl – ohne aber zu verraten, warum dieser Vertrauensverlust nicht Wasser auf die Mühlen der REP ist. So bleibt dem Parteichef nur, sich über die kleinen Dinge des Lebens zu freuen, in Niedersachsen über den Einzug von zwei Parteifreunden in den Stadtrat des von Schlierer als Republikaner-„Hochburg" titulierten Salzgitter. Erst nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wurde er etwas konkreter: Die Partei müsse „die inhaltliche Ausrichtung ihrer Aussagen überprüfen", ließ er verlauten. Als Vorbild, was die „richtigen" Themenschwerpunkte anbelangt, dient ihm dabei offensichtlich die erfolgreichere NPD: „Der Protest gegen die sozialen Verwerfungen und die Perspektivlosigkeit des Arbeitsmarktes müssten in das Zentrum der Aussagen gerückt werden", forderte er von seinen Republikanern.

Kein Wort verlor Schlierer in seiner Erklärung über die schon Wochen vor der Berlin-Wahl offenkundig gewordenen Konflikte mit dem dortigen Landesverband (bnr 18/06), als dessen Spitzenkandidat sein Kontrahent Clemens antrat. Die Berliner Landespartei wurde in ihrer offiziellen Stellungnahme ein wenig deutlicher. Indirekt beklagte sie, dass sie „die uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung des Bundesvorstandes" vermisst habe. Intern aber geht es ganz offen um Schuldzuweisungen für die Wahlniederlage. „Wahrscheinlich wäre in Berlin mehr erreichbar gewesen, wenn die vom Bundesverband angebotene Unterstützung vom Landesverband in Anspruch genommen wäre", heißt es in einem jetzt bekannt gewordenen internen Schreiben von Schlierer. Vom Bundesverband angebotenes Wahlkampfmaterial sei „abgewiesen" worden, schreibt Schlierer und attestiert den Berlinern „mangelnde Kooperationsbereitschaft".

REP-Landeschef Peter Warnst reagierte darauf mit Sarkasmus: „Natürlich, wir haben alles blockiert, wir haben natürlich händeringend darum gebeten, uns statt 200 000 nur 50 000 Wahlkampfzeitungen zu genehmigen... Wir haben fast darum gefleht, uns das REP-Mobil nicht zur Verfügung zu stellen... Wir haben uns gefreut, dass die Überweisungen aus unserem Etat mehr als schleppend verliefen und das Plakatierteam für 6.250,- die Plakate so tief gehangen hat, dass man sie gleich am nächsten Tag nicht mehr wiedergefunden hat, da sie abgerissen waren... Wir fanden es richtig Klasse, dass wir für unsere eigene Internetseite gesperrt wurden!" Das Bundespräsidium habe den Landesverband „über Monate durch Verschleppung und Schikanen blockiert", protestiert Warnst. Namentlich nennt er Winkelsett, Bundesschatzmeister Goertz, Gärtner und Schlierer. Schlierers Schreiben sei „der Ausdruck des politischen Todeskampfes eines gescheiterten Parteivorsitzenden".

Genüsslich beobachten kann die Konkurrenz von der NPD den Streit bei den REP. Falls Clemens & Co. die Mehrheit der Delegierten hinter sich bringen, wäre wohl der Weg frei für Wahlabsprachen, wie es sie in Berlin auf Bezirksebene gegeben haben soll. Setzt sich der Schlierer-Flügel beim Bundesparteitag noch einmal durch, dürften weitere Mitglieder den Parteiausweis abgeben. NPD-Chef Udo Voigt wirbt schon jetzt um sie: „Die Zeit ist reif; schließt Euch jetzt der NPD und dem erfolgreichen Deutschland-Pakt an. Die NPD ist offen für Euch."

Tomas Sager

„Punktlandung“ im Nordosten

In weiten Landstrichen Mecklenburg-Vorpommerns ist die NPD zu einer ernst zu nehmenden Kraft geworden.

Der befürchtete Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist Wirklichkeit geworden. Die Fünf-Prozent-Hürde wurde mit erreichten 7,3 Prozent übersprungen, das zuvor selbst erklärte Wahlziel von 7 Prozent plus x nahezu mit einer „Punktlandung“ erzielt. Im künftigen Parlament werden sechs NPD-Abgeordnete sitzen: Udo Pastörs, Tino Müller, Michael Andrejewski, Stefan Köster, Birger Lüssow und Raimund Borrmann.

Festzuhalten gilt: Niedrige Wahlbeteiligung hin oder her (59,2 Prozent) – die Neonazi-Partei mit knapp über 300 Mitgliedern im Nordost-Bundesland wäre auf jeden Fall ins Schweriner Schloss eingezogen, denn insgesamt haben sich 59 674 Wähler/innen für die NPD entschieden, das sind fast 25 000 Stimmen mehr als noch zur Bundestagswahl (34 747 Stimmen, 3,5%). Blickt man zurück auf die Landtagswahlen 2002, dann steigert sich die NPD noch deutlicher. Damals bekam sie 0,8 Prozent, das waren 7 718 Stimmen.

Die NPD-Hochburgen lagen beim Urnengang im Osten des Landes. So reichte es in den Wahlkreisen Uecker-Randow I und II zu 15,0 sowie 13,1 Prozent, in den Stimmgebieten Ostvorpommern I und II zu 12,2 und 11,5 Prozent. Ihr Spitzenergebnis erzielte die NPD in dem 400-Einwohner-Dorf Postlow, sieben Kilometer vor Anklam gelegen, dort machten von 144 Wählern 38,2 Prozent für die NPD ihr Kreuz, die stärkste Partei in der Gemeinde wurde. Bei der Bundestagswahl hatte sie hier 15,2 Prozent bekommen. Doch Postlow ist in Ostvorpommern nahe der polnischen Grenze offenbar überall: Mit Blesewitz (32,2%), Bargischow (31,6%), Neu-Kosenow (31,1%), Neuenkirchen (30,1%), Wilhelmsburg (27,9%) finden sich weitere Dörfer, in denen die NPD zu einer Macht aufgestiegen ist.

In Groß-Krams bei Ludwigslust bekommt die NPD 26,3 Prozent. Die Wahlforscher von Infratest dimap haben herausgefunden, dass die Rechtsextremen in dörflichen Strukturen mehr Zulauf hatten als in den größeren Städten. Doch ist es im Osten des Küstenlandes auch hier etwas anders: In Anklam stehen 15,6 Prozent bei der NPD zu Buche, in Ueckermünde 18,2 Prozent. In einem Wahllokal von Ueckermünde wurde NPD-Erststimmenbewerber Tino Müller mit 35,2 Prozent stärkster Direktkandidat. In der dortigen Plattenbausiedlung genießt er seit 2004 ein gutes „standing“, als er eine Bürgerinitiative gegen eine geplante Asylbewerberunterkunft ins Leben rief.

Der typische NPD-Wähler ist männlich und jung. Bei den Erstwählern und Wählern bis 24 Jahren hat die NPD 17 Prozent „gefischt“, bei den 25- bis 34-Jährigen 13 Prozent. Erst bei den Über-60-Jährigen hat es nicht mehr zum Überspringen der fünf Prozent gereicht. Das männliche Geschlecht sorgt für eine zehnprozentige NPD-Zustimmung, bei den Frauen sind es vier Prozent. Den größten NPD-Zulauf gibt es bei den Arbeitslosen mit 17 Prozent, bei Arbeitern mit elf Prozent, aber auch bei Selbstständigen mit zehn Prozent. Auffällig: Die NPD ist mit zehn Prozent besonders stark in CDU-Hochburgen. Auf die Frage der Wahlforscher, wer den intensivsten Wahlkampf vor Ort betrieben habe, wird die SPD (24%) zuerst genannt. Dann kommt aber die NPD (21%) noch vor der CDU (18%).

Bei den Wählerwanderungen wird deutlich, dass die NPD 12 000 Stimmen aus dem Lager der bisherigen CDU-Anhängerschaft erhalten hat, von den Regierungsparteien SPD (7000) und PDS Linke (4000) einen ähnlich hohen Anteil. Die NPD hat es als einzige Partei geschafft, Nichtwähler zu mobilisieren – 11 000 an der Zahl. Allerorts war die Rede, dass die NPD viele Protestwähler und –stimmen auf sich vereinen könnte. Aus der Analyse der Wählerschaft wird nun deutlich: Im Vergleich zur Bundestagswahl bis heute kann die rechtsextreme Partei inzwischen 17 500 Stammwähler in ihren Reihen zählen. Fazit: In weiten Landstrichen – besonders im Osten – ist die NPD zu einer ernst zu nehmenden Kraft geworden, weil sie dort Präsenz zeigt, vorgibt, sich zu „kümmern“. Dort hat sie einen Stimmenanteil erhalten, der den regionalen Arbeitslosenquoten entspricht. Bei der Frage nach dem Hauptwahlthema haben NPD-Wähler denn auch neben der „Ausländerproblematik“ (der Bevölkerungsanteil liegt bei unter zwei Prozent) zu 39 Prozent die Arbeitslosigkeit benannt, ein identisch hoher Wert wie in den Kreisen von SPD-, CDU- und PDS Linke-Wählern.

Horst Freires

„Schwerin-Potsdam-Dresden“

Nach den Landtagswahlen zeigt sich die NPD selbstbewusst – ein etwaiges Verbotsverfahren sieht Parteichef Voigt gelassen.

Draußen am Haus und im Hof wehen NPD-Fahnen. Starke Männer sind am Durchgang zur Remise postiert, auf einem Tisch liegt reichlich Propagandamaterial. Die Zentrale der rechtsextremen Partei im Berliner Stadtteil Köpenick, das „Carl-Arthur-Bühring-Haus“, wirkt wie eine Kombination aus Bauernhof, Appellplatz und Schulungsstätte. Die weiß getünchte Remise ist allerdings an diesem Donnerstag, den 21. September fast zu klein für die vielen Journalisten, die zu der Pressekonferenz erschienen sind. Eigentlich sind in dem mit einem Stahltor gesicherten Komplex Redakteure der „Systempresse“ nicht gerne gesehen. Doch die NPD will nach den Wahlerfolgen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin einige Botschaften loswerden. Und sie will der neu entfachten Debatte um ein Verbot das Bild einer gestärkten Partei entgegensetzen. Da sitzen nun Parteichef Udo Voigt sowie der künftige Vorsitzende der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, zusammen mit dem sächsischen NPD-Fraktionschef Holger Apfel, Bundespressesprecher Klaus Beier und dem DVU-Patriarchen Gerhard Frey. Er ist da, weil seine Partei mit der NPD verbündet ist und mit ihren Abgeordneten im Brandenburger Landtag zur „Achse Schwerin-Potsdam-Dresden“ zählt. Und die wird „künftig Stück für Stück Bundesland für Bundesland erobern“, ist in der Einladung zur Pressekonferenz zu lesen.

Zunächst aber wird die NPD in Mecklenburg-Vorpommern „Bürgerbüros“ einrichten, wie Voigt sagt. „Soziale Beratungsstellen“ solle es auch in Berlin geben. Es würden Bürger beraten, die zum Beispiel „Ungerechtigkeiten durch Hartz IV“ zu erleiden haben. Der Parteichef, nun selbst Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, will volksnah auftreten. Er werde „keine weltanschauliche Politik betreiben“, sagt Voigt. Die NPD wolle nur, „dass für die Bürger das Maximale gewonnen wird“. Da könne man auch mit SPD oder PDS stimmen.

Würde Voigt nicht ein „Deutschland in seinen historischen Grenzen“ fordern und andeuten, „der Parlamentarismus der Bundesrepublik kann nicht das Endstadium sein“, wäre das NPD-Ziel der Systemüberwindung auf den ersten Blick kaum erkennbar. Zumal sich DVU-Chef Frey laut zum Grundgesetz bekennt. Wo soll da ein Verbotsverfahren ansetzen, das jetzt vor allem aus den Reihen der SPD gefordert wird?

Das Bundesverfassungsgericht kann eine Partei nur verbieten, wenn ihr nachzuweisen ist, dass sie „aggressiv-kämpferisch“ gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agiert. Dafür hat die NPD auch nach dem Scheitern des ersten Verbotsverfahrens im März 2003 Indizien geliefert. Voigt glorifizierte in einem Interview Hitler als „großen deutschen Staatsmann“. Die Bundesrepublik nannte er ein „illegitimes System“, das durch eine „revolutionäre Veränderung“ abzuwickeln sei. Es gibt weitere einschlägige Äußerungen von NPD-Mitgliedern, das Material für einen Verbotsantrag liefern könnte.

Ob das reicht, um das Bundesverfassungsgericht zu überzeugen, ist aber unklar. Zudem bleiben die „nicht behebbaren Verfahrenshindernisse“, an denen laut Gericht das erste Verbotsverfahren scheiterte, vermutlich bestehen. Gemeint ist der Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der NPD während des Verfahrens. Um die strengen Maßstäbe des Gerichts an ein faires Verfahren zu erfüllen, müssten die Innenminister die Spitzel abziehen. Damit würde der Verfassungsschutz wesentlich weniger über die NPD erfahren – und das wollen die Minister nicht.

Nächster Punkt: Durch den „Deutschland-Pakt“ hat die NPD die DVU an sich gebunden. Bei einem Verbot der NPD wäre zu erwarten, dass die Mitglieder in die DVU strömen. Also müsste auch sie verboten werden. Doch ein Doppelverfahren wäre wohl zu aufwändig. Und selbst wenn NPD sowie DVU ausgeschaltet wären, bliebe die Neonazi-Szene übrig, die mit ihren kommunalpolitischen Aktionen in Mecklenburg-Vorpommern die Basis für den Wahlerfolg der NPD schuf. Vor der Presse nannte DVU-Chef Gerhard Frey ein Verbotsverfahren gegen die NPD eine „Schnapsidee“. Auch Udo Voigt gab sich gelassen. Die Bundesregierung würde nicht die Pleite von 2003 wiederholen wollen, „und wenn doch: meinetwegen“.

Frank Jansen

Alibiveranstaltung

Den im „Ring nationaler Frauen“ zusammengeschlossenen Aktivistinnen geht es offenbar nicht um mehr Gleichberechtigung in der Szene.

Ganz ohne männliche Hilfe kamen die Neonazi-Damen bei der Gründung des „Ring nationaler Frauen“ nicht aus. Als sich 31 von ihnen am 16. September in Sotterhausen in Sachsen-Anhalt trafen, schützte nicht nur der Anführer der „Kameradschaft Ostara Skinheads“ und Betreiber der Gaststätte „Zum Thingplatz“ in Sotterhausen, Enrico Marx, die anreisenden Kameradinnen mit seinen Ordnern, auch NPD-Multifunktionär Peter Marx nahm sich die Zeit, um die Fraueninitiative von Anfang an mit zu begleiten.

Der Einfluss von Frauen innerhalb der NPD ist bisher sehr gering, so ist unter den 18 neuen NPD-Mandatsträgern nach der Kommunalwahl in Niedersachsen nur eine Frau, Elke Raabe aus Helmstedt, und in Mecklenburg-Vorpommern konnte sich unter 36 NPD-Direktkandidatinnen einzig die Floristin Nancy Barth aus Wismar aufstellen lassen.

Inzwischen haben NPD-Strategen jedoch die wachsende Bedeutung rechter Frauen und Mädchen erkannt, so tragen sie nicht nur zur Imageverbesserung, sondern auch zur Stabilisierung der neonazistischen Szene bei. Dennoch wirkte die Gründungsveranstaltung des „Ring nationaler Frauen“ etwas halbherzig und NPD-gesteuert. Die Finanzierung der neuen Organisation läuft „ausschließlich“ über „Spenden und Zuschüsse der Mutterpartei NPD“. Engagierte Kameradschaftsaktivinnen vor allem aus Thüringen und Brandenburg waren gar nicht erst erschienen. Auch die einzige NPD-Landesvorsitzende, Anja Zysk aus Hamburg, war nicht mit von der Partie.

Mit der sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Gitta Schüssler, 44, Stella Palau, der Freundin des frisch gewählten Berliner NPD-Bezirksverordneten Jörg Hähnel, Judith Rothe, deren Mann Enrico Marx Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten in Sangerhausen ist, und Jasmin Langer, der Lebensgefährtin des sächsischen NPD-Fraktionschefs Holger Apfel und Mitglied der NPD-Frauengruppe Hannover, stehen parteitreue Frauen oder Frauen von Führungskadern an der Spitze des neuen „Dachverbands, der gerne sämtliche nationalen Frauen zusammenbringen möchte“.

Die in Sotterhausen verabschiedeten „Grundsätze“ des „Ring nationaler Frauen“ vermitteln nicht den Eindruck, dass es den rechten Aktivistinnen um mehr Gleichberechtigung und Durchsetzungskraft innerhalb der Szene geht, auch wird keine Kritik an völkischen Unterdrückungsmechanismen oder der verbreiteten Reduzierung auf eine „biologische weibliche Rolle“ geübt. Scheinbar geht es vor allem um die Außenwirkung dieser Frauengruppe, die versucht, die unsichere Zusammenarbeit mit den Freien Kameradschaften dank weiblicher Unterstützung weitergehend zu fördern und durch intensive Medienarbeit erreichen will, dass auch zunehmend Frauen „unser Anliegen in die Öffentlichkeit“ tragen.

In der Praxis sahen es Partei-Anführer bisher ungern, wenn Anhängerinnen wie zum Beispiel eine langjährige Hamburger NPD-Aktivistin überhaupt mit den „Systemmedien“ reden. In Niedersachsen zog der Freie Nationalist Alexander Hohensee eine junge Frau sogar brutal weg, als sie Journalisten Rede und Antwort stehen wollte.

Andrea Röpke

Unerwünschte Treffpunkte

Die Ordnungsbehörden tun sich schwer damit, rechtsextremen Gaststättenbetreibern den Hahn zuzudrehen.

Sie sind den Städten natürlich ein Dorn im Auge: Offizielle Treffpunkte für eine rechtsextreme Anhängerschaft, oft in szenebetriebenen Gaststätten. Dabei prüfen die jeweiligen Ordnungsbehörden, ob ein Entziehen der Schankerlaubnis dem Treiben ein Ende bereiten kann. Mal klappt es, mal unterliegt man juristisch. Vier Beispiele.

Am 30. September will der „Club 88“ in Neumünster sein zehnjähriges Bestehen feiern. Dazu ist Live-Musik aus Schweden angekündigt. In den vergangenen Jahren bedeutete das, dass mehrere hundert Angehörige mit rechtsgerichteter Gesinnung aus ganz Deutschland, teilweise auch aus dem benachbarten Ausland, den Weg nach

Schleswig-Holstein gefunden haben. Die Betreiberin Christiane Dolscheid ist nicht nur Konzessionsinhaberin, sie ist zugleich Aktivistin der Freien Nationalisten, taucht ab und an auch bei NPD-Veranstaltungen auf. Im Oktober 2000 gewann sie vor dem Oberlandesgericht Schleswig einen Rechtsstreit gegen die Stadt Neumünster, die ihr die Konzession entziehen wollte. Kriterium der Juristen war seinerzeit, ob es die betreffende Person an der notwendigen Zuverlässigkeit fehlen lasse oder nicht. Dies wurde verneint, da strafrechtliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen würden und nicht eine politische Gesinnung.

Jetzt prüft die Stadt Celle aktuell, ob sie dem Pächter der Innenstadt-Gastwirtschaft „Bayrische Botschaft“, Rüdiger Räke, der zugleich noch ein Schützenheim betreibt, von Amts wegen beikommen kann. Er hatte seine Lokalitäten Neonazis zur Verfügung gestellt, die in Person von Andreas Nickel aus dem sachsen-anhaltinischen Klötze sogar ein Rechtsrock-Konzert planten, was dann aber von der Polizei unterbunden wurde. Seitens der Polizei hieß es nur, Räke sei „amtsbekannt“. Gemeint ist damit wohl, dass die Ordnungshüter schon am 7. Juli einmal bei ihm ein Treffen von Neonazis aufgelöst hatten.

In Wunsiedel tun sich die Ordnungsbehörden dagegen schwer, den als Kneipe betriebenen Neonazi-Treffpunkt „Lokalbahn“, betrieben von Andreas Heine, in die Schranken zu weisen. Dort finden Rechtsrock-Konzerte, ferner NPD-Treffen statt. Aus dem Bürgermeisteramt hört man, die Observierungen und Prüfungen hätten bislang keine Anhaltspunkte für ein Einschreiten geboten. Dabei geht es um gesundheitshygienische Kriterien, aber auch mögliche begangene Straftaten. Am letzten September-Wochenende wurde allerdings ein angekündigtes Ian-Stuart-Gedenkkonzert von den Organisatoren selbst abgesagt.

Als Thomas Wagner, Rechtsrocker aus Gotha, im thüringischen Dorf Burgtonna eine Kneipe eröffnen wollte, wurde ihm dies behördlich seitens der Kreisverwaltung Bad Langensalza untersagt. Dagegen klagte er vor dem Verwaltungsgericht in Weimar, unterlag aber. Sein Leumund (mehrfach mit Waffen aufgefallen) spielte dabei wohl die entscheidende Rolle.

Horst Freires

Unglaubwürdige Umkehr

Langjähriger Neonazi bei Multi-Kulti-Verein.

Der erst im August zum Geschäftsführer des in Kassel ansässigen Multi-Kulti-Vereins „Spitze e.V.“ gewählte Bernd Tödter hat nach wenigen Wochen seinen Posten niedergelegt. Grund: Die langjährige Karriere des 33-Jährigen als Neonazi wurde öffentlich bekannt und der Druck zu groß.

Anfang der 90er Jahre saß Tödter unter anderem wegen Tötung eines Obdachlosen eine mehrjährige Haftstrafe in der Justizvollzugsanstalt Neumünster ab. Während dieser Zeit wurde Tödter von der Neonazi-Knasttruppe HNG betreut. Nach seiner Haftentlassung suchte Tödter Mitte 1996 per Anzeige in dem Blättchen „Widerstand“ Gleichgesinnte für seinen „Freundeskreis nationaler Aktivisten/Kameradschaft Nordmark“ im schleswig-holsteinischen Bad Segeberg. Im Februar 2000 beschlagnahmte die Polizei bei einer Hausdurchsuchung bei Tödter unter anderem Munition, Patronen und ein panzerbrechendes Geschoss. Laut Polizeiangaben stammte ein Teil der Munition aus Bundeswehrbeständen. Tödter zog nach Kassel um, wo er den neonazistischen „Sturm 18 Cassel – Kameradschaft Nordhessen“ gründete. Am 25. Februar 2002 ging die Kameradschaft online. Im Internet forderte Tödter zum Ausspionieren von „Antifaschisten und Punks“ auf. Unterlegt war der Anti-Antifa-Aufruf mit Begleitmusik einer braunen Rockband: „Zu den Waffen, Kameraden, und zwar gleich.“ Am 10. April 2002 stürmten SEK-Beamte die Wohnung Tödters und beschlagnahmten eine Schreckschusswaffe mit durchgebohrtem Lauf und umfangreiches Neonazi-Propagandamaterial.

2003 gründete Tödter mit etwa zehn Freunden in dem hessischen Dörfchen Diemelstadt-Wethen eine Wohngemeinschaft in einem ehemaligen Gasthof und rief den Verein „HSV Pitbulls – SV Wethen“ ins Leben. Nachbarn berichteten von lauter Neonazi-Musik und „Sieg Heil“-Rufen aus dem Gasthof. Auf Tödters Konto geht auch die Vertreibung einer kurdischen Familie aus Diemelstadt-Wethen, gegen die regelrecht Psychoterror verübt wurde. Tödter wurde zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Beleidigung und versuchter Nötigung verurteilt.

Anton Maegerle

Ausland

Pogromstimmung

Rechtsextreme schüren in Nordrussland Ängste gegen kaukasische Mitbürger.

Zwei Tote, zahlreiche Verletzte und eine aufgeheizte Menge, die alles anzündete, was Bürgern aus dem Süden gehört. So lautete die Bilanz von pogromartigen Auseinandersetzungen in Karelien im Norden Russlands. In dem Städtchen Kondopoga entzündeten sich aus einem Kneipenstreit tagelange rassistische Krawalle.

Mehr als 2 000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen kaukasische Mitbürger in dem Ort. Ein Teil der Aktivisten war von außerhalb angereist. Aufgerufen hatten rechtsextreme und rassistische Gruppen aus Russland. „Auf nach Karelien! Dort werden Russen getötet," so hieß die Parole auf rechtsextremen Seiten im Internet. Federführend dabei war die „Bewegung gegen illegale Migration" (DPN), die seit Jahren mit populistischen Parolen gegen Menschen aus dem Kaukasus mobil macht.

Dabei greift sie geschickt Ängste in der Bevölkerung auf und versucht, sie für ihre Propaganda zu nutzen. So hat die DPN im vergangenen Jahr einer russischen Frau einen Preis verliehen, die einen Armenier ermordete, der sie sexuell belästigt haben soll. Im Moskau startete die Organisation unter dem Motto „Die Kaukasier okkupieren eine russische Schule" eine Kampagne gegen eine Realschule, in der im Rahmen eines Modellprojekts die georgische Sprache unterrichtet wurde. Die DPN verzichtet auf rechtsextreme Symbolik in ihrer Propaganda. Sie wendet sich ausdrücklich an die breite Bevölkerung.

Auch die Organisation „Slawjanski Sojus" (slawischer Bund) mobilisierte zu Aktionen gegen die kaukasische Minderheit nach Nordrussland. Bisher ist diese Organisation vor allem dadurch bekannt geworden, dass sie Internetseiten von Menschenrechtsorganisationen und jüdischen Organisationen in Russland durch Hacking lahmlegte.

Die Mobilisierung nach Kondopoga war für die Rechtsextremen ein Propagandaerfolg. Nach Angaben des Russland-Korrespondenten der „TAZ", Klaus-Helge Donath. verließen nach den Krawallen die rund tausend kaukasischen Einwanderer fluchtartig die Stadt.

Mittlerweile hat die karelische Staatsanwaltschaft gegen acht Personen Ermittlungen wegen Beteiligung an den rassistischen Ausschreitungen und gegen Polizisten wegen Untätigkeit aufgenommen. Allerdings wird der rechtsextreme und rassistische Hintergrund der Krawalle weitgehend ausgeblendet. Die Stadtpolitiker von Kondopoga sprachen von „banaler Kriminalität und Hooliganismus".

Unterdessen gehen in Russland die Angriffe auf ausländische Studierende weiter (bnr berichtete). In St. Petersburg wurde am 24. September ein indischer Student in der Nähe seines Wohnheims mit Messerstichen schwer verletzt. Augenzeugen berichteten, dass die Angreifer rassistische Parolen riefen.

Peter Nowak

Versuchter Mord

Griechischer Neonazi-Funktionär zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt.

Mehr als acht Jahre nach dem Geschehen wurde am 25. September in Athen ein führendes Mitglied der Neonazi-Organisation „Chrisi Avgi" (Goldene Morgendämmerung) zu 21 Jahren Gefängnis verurteilt. Antonis Androutsopoulos, Kodename „Periandros" wurde des versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung schuldig befunden.

Im Sommer 1998 tobte in Griechenland einer der größten sozialen Auseinandersetzungen seit Ende der Militärdiktatur 1974, Schüler, Studierende, Lehrer und Professoren hatten Schulen und Hochschulen lahmgelegt. Mehrere hundert Demonstranten nahmen am 16. Juni 1998 an einer Solidaritätskundgebung für festgenommene Mitdemonstranten auf dem Athener Gerichtsgelände teil. Am gleichen Tag standen dort eine Handvoll Mitglieder der „Chrisi Avgi" vor Gericht.

Als im Anschluss an die Solidaritätskundgebung drei weithin bekannte Organisatoren des Arbeits-

kampfes in einem Straßencafe gegenüber dem Gerichtsgelände Kaffee tranken, wurden sie von einer Gruppe Knüppel schwingender Schläger angegriffen. Dabei wurde der bekannte linke Aktivist und Studentenführer Dimitris Kousouris schwerstens am Kopf verletzt. Die anderen beiden schafften es, trotz der auf sie niederprasselnden Schläge zu fliehen. Laut Zeugenaussagen handelte es sich bei den Tätern um Mitglieder der „Chrisi Avgi“, die kurz vor dem Überfall auf dem Gerichtsgelände gesehen worden war. Nachforschungen seitens der Opfer und der Medien brachten die Namen verschiedener mutmaßlich an dem Mordanschlag beteiligter Neonazis ans Licht. Die zuständige Staatsanwaltschaft erhob jedoch nur Anklage gegen „Periandros“, der daraufhin erst einmal abtauchte, sich im Sommer letzten Jahres jedoch der Polizei stellte.

Vor Gericht stritt der Angeklagte alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe ab. Dimitris Kousouris dagegen war sich sicher, in Periandros einen der Täter wiederzuerkennen, die ihn vor acht Jahren hatten erschlagen wollen. Die beiden anderen Opfer ordneten die Täter zwar ohne Zweifel der Gruppe Chrisi Avgiten aus dem Gerichtsgelände zu, konnten aber nicht eindeutig den Angeklagten als Täter benennen. Auffallend war das Verhalten des Ehemanns der Betreiberin des Straßencafes. Er hatte den Angeklagten wenige Tage nach dem Mordanschlag anhand von Fotos als einen der Täter wiedererkannt, wollte dies vor Gericht nun jedoch nicht mehr bestätigen. Auch andere Zeugen wollten sich an ihre vor Jahren beim Untersuchungsrichter gemachten klaren Aussagen nicht mehr erinnern. Die Anklage vermutete Druck von außen und wies das Gericht darauf hin, dass die „Chrisi Avgi“ in anderen Fällen gegen sie aussagende Zeugen mit Namen und Adresse in ihrer Zeitung veröffentlicht hatte.

Das aus drei Berufsrichtern und vier Schöffen bestehende Richtergremium sprach den Angeklagten einstimmig des Mordversuches und der schweren Körperverletzung für schuldig. Von den verhängten 21 Jahren Gefängnis wird er nach griechischem Recht mindesten zwei Fünftel absitzen müssen, bevor ein Antrag auf Straferlass gestellt werden kann.

Heike Schrader

Rassereine Republik

Flämische Neonazis wollten Unruhen schüren und dann die Macht ergreifen.

Die belgische Polizei hat am 7. September die rechtsextreme flämische Untergrundorganisation „Bloed, Bodem, Eer en Trouw“ (BBET), eine militante Abspaltung von „Blood& Honour Vlaanderen“, zerschlagen und 17 Verdächtige, darunter zehn Soldaten, festgenommen. Rund 150 Polizisten führten Hausdurchsuchungen in Kasernen in Leopoldsburg, Kleine Brogel, Peer, Brüssel und Zedelgem sowie in 18 Privathäusern durch. Neben rechtsextremem Propagandamaterial wurden eine einsatzbereite Rucksack-Bombe, Jagd- und Kriegswaffen, Munition sowie Zünder für Landminen gefunden. Wie die Staatsanwaltschaft in Dendermonde mitteilte, stellten die Behörden auch den Entwurf für ein Bekennerschreiben nach einem Anschlag sicher.

Ziel der seit ihrer Gründung 2004 im Visier des militärischen Geheimdienstes stehenden Extremistengruppe war es, die demokratischen Institutionen des belgischen Staates zu destabilisieren. Ihre Planungen sahen vor, zuerst Filip Dewinter, Spitzenpolitiker des rechtspopulistischen Vlaams Belang, zu ermorden und die Tat islamistischen Kreisen in die Schuhe zu schieben. In der zweiten Phase wollte man den Vorsitzenden der fundamentalistisch-islamischen Arabisch-Europäischen Liga Abou Jahjah töten. Diese Tat sollte als Fanal für die rechtsextreme Szene wirken und zu weiteren Taten anstacheln. Im Zuge der politisch angespannten Lage wollten die Neonazis dann die Macht ergreifen und eine rassereine, unabhängige flämische Republik ausrufen.

Kontakte pflegte BBET zur niederländischen Neonazi-Vereinigung „de Nationale Alliantie“ („Die Nationale Allianz“), die im November 2003 ins Leben gerufen wurde. Kopf und Gründer der paramilitärischen BBET ist Thomas Boutsen, Soldat aus Leopoldsburg. Das Hauptquartier der Neonazis befand sich im Musikcafe „De Viking“ in Leopoldsburg, das Boutsens Ex-Freundin betrieben wird. Belgiens Premierminister Guy Verhofstadt will jetzt ein Verbot von „Blood&Honour“ vorantreiben.

Anton Maegerle

Grauzone

Alte und junge „Kameraden“

Auf dem Ulrichsberg bei Klagenfurt in Kärnten trafen sich wieder zahlreiche SS-Veteranen und Rechtsextremisten.

Die „Kleine Zeitung“ aus Kärnten beschwichtigte: „Von den Rechten, die hier einst ihre Parolen verbreitet haben, gab es keine Spur.“ Vom Freitag, den 15. bis Montag, den 18. September 2006 fanden sich in Krumpendorf und am Ulrichsberg bei Klagenfurt jedoch wieder zahlreiche Altnazis und Rechtsextremisten ein, um an den Gedenkfeierlichkeiten teilzunehmen. Am Freitag war ein handverlesenes Publikum aus Österreich und Deutschland an die „Heimkehrergedenkstätte“ geladen, wo eine Gedenktafel für den im Dezember 2005 verstorbenen Ulrichsbergbesitzer Leopold Graf Goess angebracht wurde.

Im Gemeindesaal von Krumpendorf trafen sich dann am Samstag Abend die Anhänger der „Kameradschaft IV“ ehemaliger SS-Angehöriger und Mitglieder der so genannten „Ulrichsberggemeinschaft“ zum „traditionellen Kärntner Abend“. Der Himmler-Tochter Gudrun Burwitz (München), als Aktivistin der „Stillen Hilfe e. V.“ jahrzehntelang für Kriegsverbrecher und Altnazis aktiv, wurde ein Platz am vordersten Tisch zugewiesen. Neonazis aus Rheinland-Pfalz patrouillierten um die Halle. Innen begrüßte der Obmann der Ulrichsberggemeinschaft, Peter Steinkellner (ÖVP, Klagenfurt) die mehreren hundert Teilnehmer und betonte, dass für ihn auch die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS „Kameraden“ seien. Obwohl es vor Ort keine Gegendemonstranten gab, hetzte er gegen Kritiker: „Wären die Kerle doch nie gezeugt worden“. Auch der frühere stellvertretende Landeshauptmann von Kärnten, Rudolf Gallob (SPÖ), betonte, dass „selbstverständlich“ „auch die Waffen-SS-Mitglieder“ bei der Feier dabei sein sollen. Hilde Gaggl, Bürgermeisterin von Krumpendorf und ÖVP-Kandidatin bei den Nationalratswahlen am 1. Oktober, bekam für ihre Unterstützungsleistungen das Ulrichsbergkreuz in Gold.

Am Sonntag nahmen rund 900 Personen an der Ulrichsberggedenkfeier teil. Darunter Ritterkreuzträger und ehemalige Angehörige der Waffen-SS-Divisionen Wiking, Nordland, Charlemagne, Frundsberg. Flämische Freiwillige der Waffen-SS aus Belgien reisten mit einem Reisebus an. Zur anwesenden NS-Prominenz gehörte auch Florentine Rost van Tonningen. Die „schwarze Witwe“ genannte ehemalige Himmler-Vertraute aus Velp in den Niederlanden gilt mit ihrem „Consortium de Levensboom“ als Knotenpunkt im internationalen Netzwerk von Altnazis und Kriegsverbrechern. Anwesend waren neben Neonazis aus Berlin und Leipzig auch Mitglieder der oberbayrischen „Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland“. Nur Sören Kam wurde vermisst. Wegen eines europäischen Haftbefehls, so hieß es, könne der Ritterkreuzträger aus der 5. SS-Panzerdivision Wiking zur diesjährigen Feier leider nicht einreisen.

Der Burschenschafter Peter Wussy eröffnete die Feier mit dem Adalbert-Stifter-Zitat „Wer heute die alte Pflicht verrät, verrät auch morgen die neue“. Fritz Schretter, Landesobmann des „Kärntner Abwehrkämpferbundes (KAB)“, lobte die Anwesenden, dass ihnen „Treue zur Heimat“ und „Pflichterfüllung“ noch „Inbegriff“ seien. In seiner nationalistischen Rede hetzte er gegen „linke Moralisten, Patentdemokraten, Zeitgeister und Multikultis“ und versuchte auch, durch antiisraelische Slogans Stimmung zu machen. Der deutschen Wehrmacht dankte er dafür, dass „ihr erbitterter Widerstand den Vormarsch der Tito-Truppen verzögert“ hätte. Am „Heimkehrerkreuz“ wurde zu Klängen der staatlichen „Militärmusik Kärnten“ ein Kranz durch Wolfgang Körner (Germering), stellvertretender Präsident des ultrarechten Bayerischen Soldatenbunds 1874 e.V., niedergelegt. Ein Mitglied der Burschenschaft Danubia aus München trug die Kranzschlaufe hinterher. Burschenschafter aus Klagenfurt in vollem Wichs und Mitglieder des chauvinistischen „Kärntner Abwehrkämpferbunds mit Schärpen und Fahnen standen stramm. Daran anschließend fand das Gedenken in der Ulrichsbergkapelle statt. Neben NS-verherrlichenden Schildern für die Ritterkreuzträger, für Waffen-SS-Freiwillige aus vielen europäischen Ländern und für die Landsmannschaften der Vertriebenen hängen dort auch Gedenktafeln vom österreichischen Bundesheer und vom Roten Kreuz.

Sören Kam wurde übrigens am darauf folgenden Donnerstag aufgrund des europäischen Haftbefehls an seinem Wohnort in Kempten verhaftet.

Robert Andreasch

Blick in die Zeitgeschichte

Auf dem Weg zum Galgen

Vor 60 Jahren wurden die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hingerichtet.

Zum 30. Januar 1933 – dem Beginn der Naziherrschaft – gehört auch deren Ende. Das kann der 8. Mai 1945 sein, als das Reich vor den Westalliierten kapitulierte, man kann sich aber auch für andere Daten entscheiden. Zu ihnen gehören gewiss der Beginn des großen Nürnberger Prozesses Ende 1945 und dessen Ende im Herbst 1946. Hier freilich gilt es zu unterscheiden zwischen der Verkündung der Urteile am 1. Oktober 1946 und der Hinrichtung der zum Tode Verurteilten am 16. Oktober 1946. Über die Stimmung im Nürnberger Justizpalast ist vor einem Jahr viel geschrieben worden – zum 60. Jahrestag des Prozessbeginns. Der „blick nach rechts" nimmt den 60. Jahrestag der Urteilsverkündung und Hinrichtung zum Anlass, auf das Ende dieses Verfahrens hinzuweisen.

24 Männer hatten ein Jahr zuvor auf den Anklagebänden Platz nehmen müssen – Generäle, Admirale, Minister, SS- und Wirtschafsführer sowie prominente und weniger bekannte Funktionäre. Einer hatte sich zu Beginn der Hauptverhandlung das Leben genommen, indem er sich auf dem WC erdrosselte. Danach kontrollierten die US-Soldaten die Gefangenen umso genauer. Da in Nürnberg nach US-Recht verhandelt wurde, endete die Hauptverhandlung nicht mit der Verlesung der Urteile, sondern erst etwas später mit der Bekanntgabe der Strafen. Das war in Nürnberg der Nachmittag des 1. Oktober 1946. Als die vier Richter den Saal betraten, waren die Anklagebänke noch leer. Dann wurden die Beschuldigten einzeln hereingeführt. Als erster „Reichsmarschall" Hermann Göring. Das Todesurteil nahm der Hauptangeklagte reglos hin, verbeugte sich leicht vor dem Gericht und ließ sich zurück in seine Zelle führen. Auffällig verhielt sich vor allem Hans Fritsche aus dem Propagandaministerium. Er war der einzige Gefangene aus sowjetischem Gewahrsam. Fritsche konnte seinen Freispruch kaum fassen und murmelte leise: „Nicht zurück nach Russland! Ich bin frei, wirklich frei!" Von Papen, der nur von 1933 bis 1934 Vizekanzler im Kabinett von Hitler gewesen war, hatte offenbar mit seinem Freispruch gerechnet. Das galt auch für Hjalmar Schacht, den ehemaligen Chef der Reichsbank.

Kaum hatte das Gericht die Strafen verkündet, begannen Arbeiter, in der Turnhalle des Gefängnisses drei Galgen aufzustellen. Die Todesurteile sollten am frühen Morgen des 16. Oktober vollstreckt werden. Am Vorabend gegen 22.40 Uhr entdeckten US-Soldaten den Suizid Görings. Die Gefangenen mussten immer so ruhen, dass ihre Gesichter zu sehen waren. Doch Göring lag umgekehrt. Deshalb ging ein GI in die Zelle, um ihn umzudrehen und erkannte, dass der „Reichsmarschall" tot war. Sofort brach im Zellentrakt ein Chaos aus, während die Ärzte die Todesursache suchten. Das dauerte nicht lange. In der ganzen Zelle roch es nach Bittermandel – Göring hatte eine Zyankalikapsel zerbissen. Die besaß jeder hohe NS-Funktionär „für alle Fälle". Görings Zyankali war schon bei der Verhaftung gefunden worden. Die Gefahr schien beseitigt. Doch Göring war schlauer. Er hatte drei Kapseln. Die dritte stecke in einer Cremedose. Das Gift hatte ihm also nicht ein US-Soldat zugesteckt, wie das vor gut einem Jahr gemeldet worden war.

Außenminister Joachim von Ribbentrop musste als Erster die Stufen zum Galgen betreten. Auf die Frage, ob er noch etwas zu sagen habe, rief er verhalten „Gott schütze Deutschland!" Dann stülpte ihm ein Unteroffizier eine schwarze Kapuze mit dem Strick über den Kopf und stieß die Falltür auf. Ähnlich starben die anderen Todeskandidaten. Julius Streicher, der Erfinder des Hetzblattes „Der Stürmer" , schrie auf dem Weg zum Galgen „Heil Hitler". Nach der Hinrichtung bekam jeder Leichnam ein Namensschild und wurde fotografiert. Dabei fiel auf, dass etliche Tote verletzt waren. Gerichtsreporter beschuldigten den Henker, absichtlich den Fallweg verkürzt zu haben. So brach beim Sturz in die Tiefe nicht das Genick. die Körper baumelten vielmehr einige Minuten am Strick, stießen sich am Gerüst und erstickten schließlich.

Die zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden waren, mussten noch einige Wochen warten, ehe sie nach Berlin in das Gefängnis Spandau überführt wurden. Nachdem Rudolf Heß im August 1987 seine lebenslange Freiheitsstrafe durch Suizid beendet hatte, wurde die Haftanstalt abgerissen.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Unterschriften gefälscht

Düsseldorf – Wegen Wählertäuschung und Urkundenfälschung in mehr als 250 Fällen müssen sich drei Mitglieder der Republikaner aus Düsseldorf ab 10. Oktober vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, in dutzenden Fällen Unterstützungsunterschriften für den Wahlantritt der Republikaner für die NRW-Landtagswahlen im Mai 2005 gefälscht zu haben. Anderen Bürgern sollen sie suggeriert haben, Unterschriften für härtere Strafen gegen Sexualtäter zu sammeln. Zu den Angeklagten gehört das Düsseldorfer Stadtratsmitglied Jürgen Krüger. Einem Bericht der „Rheinischen Post“ zufolge hat die Staatsanwaltschaft 263 Zeugen benannt. Die Republikaner bestreiten die Vorwürfe. Ihr Kreisvorsitzender Karl-Heinz Fischer: „Notfalls werden wir weitere 750 Zeugen laden.“ (ts)

NPD-Chef wird Bezirksverordneter

Berlin – Die NPD erzielte bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) in Berlin in vier Bezirken insgesamt 11 Mandate. Bezirksverordnetenvertreter sind künftig unter anderem der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Berliner Landeschef Eckart Bräuniger. Je drei Mandate gab es für die NPD in drei Ost-Berliner Bezirken: Marzahn-Hellersdorf (6,4%, 6 384 Wählerstimmen; 2001: 2,6%; 3 108), Lichtenberg (6,0%, 5 957 Stimmen; 2001: 2,3%, 2 762) und Treptow-Köpenick (5,3%, 5 990 Stimmen; 2,3%, 2 880). Im Westen Berlins holte die NPD im Bezirk Neukölln zwei Sitze (3,9%, 4 190), dort war sie 2001 nicht angetreten. Die Republikaner stellen künftig in Berlin-Pankow einen Sitz in der BVV (3,1%; 4 822 Stimmen; 2001: 1,5%, 2 590 Stimmen). Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, die ebenfalls am gestrigen Sonntag stattfanden, holte die NPD ein berlinweites Ergebnis von 2,6 Prozent (35 162 Wählerstimmen, 1,6% im Westen, 4% im Osten; 2001: insgesamt 0,9%, 15 110 Stimmen). Ihre höchsten Ergebnisse erzielte die NPD wieder in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf (5,4%, 5 274 Stimmen; 2001: 2,3%, 2 664), Lichtenberg (5,1%, 4 954 Stimmen; 2,1%, 2 546) und Treptow-Köpenick (4,6%, 5 001 Stimmen; 1,7%, 2 087). In Pankow erreichte sie 3,1 Prozent (4 716 Stimmen; 2001: 1,2%, 2 136) und in Neukölln 3,0 Prozent (3 156 Stimmen; 2001: 0,7%, 859). Für die Republikaner votierten insgesamt 11 916 Wähler/innen (0,9 Prozent; 2001: 1,3%, 21 836 Stimmen). (bnr)

Worch bei der NPD

Bremen – Der Hamburger Neonazi Christian Worch ist Redner bei einer NPD-Demonstration am 4. November in Bremen. Aufmarschiert wird unter dem Motto „Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze! Kein deutsches Geld für fremde Interessen“. Veranstalter der Demonstration ist der Bremer Landesverband der NPD. Im Demonstrationsaufruf heißt es: „Deutsche Soldaten dürfen nicht für fremde Interessen verheizt und geopfert werden, sondern dienen einzig und allein der deutschen Landesverteidigung.“ Als Redner ist auch der Bremer NPD-Landesvorsitzende Horst Görmann angekündigt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de